In der Stadt kommt die integrative Schulform auf Samtpfoten

SCHAFFHAUSEN. Der Stadtrat will den Spiess umdrehen: Erst sollen die Schulen mehr Personal, Geld und Freiheiten erhalten, danach wird die integrative Schulform eingeführt. Das «Pädagogische Grundangebot» ermöglicht den neun Schuleinheiten, selbst über zusätzliche Heilpädagogen, Teamteaching oder Fördergruppen zu entscheiden. Bewährte separate Klassen bleiben vorerst bestehen. Kostenpunkt: bis zu drei Millionen Franken jährlich plus einmalig 270'000 Franken. Das Volk entscheidet voraussichtlich im Sommer 2027 über das Reformprojekt.

FDP und SVP kündigen bereits Widerstand an. Die FDP warnt vor einem «Konzept aus dem pädagogischen Elfenbeinturm», von dem man anderswo bereits wieder Abstand nehme. Die SVP spricht von «Etikettenschwindel» und kritisiert den fehlenden Einbezug von Eltern und Lehrpersonen. *(lbb)* / 15



Die Heterogenität der Schülerschaft nehme zu – die Stadt will deshalb vorwärtsmachen mit der integrativen Beschulung. Symbolbild: Roberta Fele

Integrative Schule nimmt einen Umweg

Die Stadt Schaffhausen will Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen künftig stärker gemeinsam unterrichten. Statt die Schulen sofort umzustellen, sollen sie zuerst mehr Personal und Geld erhalten.

Mark Liebenberg

SCHAFFHAUSEN. Die integrative Schule kommt in der Stadt Schaffhausen auf samtenen Pfoten – aber sie kommt. Allerdings nicht mit einem grossen Umbruch, sondern schrittweise und auf einem Umweg. Der Stadtrat will zuerst die Voraussetzungen dafür schaffen. Sein Vorschlag trägt den etwas kryptischen Namen «Pädagogisches Grundangebot» (PGA). Dahinter steckt vor allem eines: mehr Unterstützung für Kinder und Lehrpersonen an den städtischen Schulen.

Bereits 2015 beschloss der Kanton, die Integrative Schulform (ISF) flächendeckend einzuführen. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen möglichst gemeinsam mit anderen Kindern in ihrem Quartier zur Schule gehen, statt in separaten Klassen unterrichtet zu werden. Die Stadt Schaffhausen ist die letzte Gemeinde im Kanton, die diesen Schritt – abgesehen von den Kindergärten und dem Schulhaus Steingut – noch nicht vollzogen hat.

«Dort funktioniert das integrative Modell heute schon. Aber die Herausforderungen steigen», sagt Bildungsreferent Marco Planas. Die Stadt müsse handeln. «Die Schülerschaft ist sehr heterogen. Zentrales Thema bleibt der Umgang mit Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten», erklärte der Stadtrat am Dienstag vor den Medien.

Der Stadtschulrat und der Stadtrat lehnten eine Umstellung ohne zusätzliche Mittel bislang stets ab. Erfahrungen aus anderen Gemeinden hätten gezeigt, dass die Integration ohne genügend Fachpersonal und finanzielle Absicherung zu einer Überlastung der Regelschule führen könne. Ausserdem haben sich in der Stadt separate Angebote wie Einschulungsklassen, Einführungsklassen für Fremdsprachige und das Werkjahr bewährt. Auch das bisherige Fehlen von Schulleitungen stand einer Einführung der ISF im Weg. «Jetzt haben wir Schulleitungen», sagt Planas.

Im Frühjahr verschärfte sich die Situation zusätzlich: Die Lernbahn, ehemals Schaffhauser Sonderschulen, musste wegen Platzmangels einen Aufnahmestopp verhängen. Damit verbleiben auch Kinder mit besonders hohem Unterstützungsbedarf in den gewöhnlichen Schulklassen. Für die Lehrpersonen wird es zunehmend schwieriger, allen gerecht zu werden.

Erst die Mittel, dann der Umbau

«Der Stadtrat will deshalb den Spiess umdrehen», sagt Planas. Statt einfach die integrative Schule einzuführen und den Schulhäusern die dafür nötigen Mittel erst nachträglich bereitzustellen, soll es umgekehrt laufen: Zuerst erhalten die Schulen zusätzliches Personal, mehr Geld und grössere Freiheiten. Erst auf dieser Grundlage soll die ISF schrittweise eingeführt werden.

«Der Grundgedanke ist: Nicht jedes Schulhaus hat dieselben Probleme», erklärt Katrin Menk, Bereichsleiterin Bildung bei der Stadt. Die neun städtischen Schuleinheiten sollen deshalb selbst ermitteln, welche Unterstützung sie benötigen. Jede erarbeitet ein eigenes pädagogisches Konzept und beantragt die dafür nötigen Mittel. Bei deren Verteilung ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler massgebend.

Was das konkret bedeutet, kann von Schulhaus zu Schulhaus unterschiedlich aussehen. Beispielsweise können zwei Lehrpersonen gemeinsam eine Klasse unterrichten, zusätzliche Heilpädagoginnen und Heilpädagogen Kinder mit Lernschwierigkeiten gezielt unterstützen oder zusätzliche Fördergruppen und Schulinseln eingerichtet werden. Auch besonders begabte Kinder sollen von den zusätzlichen Möglichkeiten profitieren.

Die Lösungen sollen also möglichst in den Schulhäusern selbst entstehen, statt von oben einheitlich vorgegeben zu werden. Dahinter steht die Überlegung, dass die Lehrpersonen und Schulleitungen vor Ort am besten wissen, wo der Schuh drückt.

> «Nicht jedes Schulhaus hat die gleichen Probleme.»
>
> **Katrin Menk**
> Bereichsleiterin
> Bildung Stadt Schaffhausen

Das bedeutet allerdings nicht, dass jede Schule einfach zusätzliches Personal «bestellen» und anschliessend nach Belieben einsetzen kann. Es werde einen klaren Rahmen mit verbindlichen Eckwerten und pädagogischen Vorgaben geben, betont Menk. Dieser orientiert sich auch an den kantonalen Richtlinien.

Zugleich verspricht die Stadt, bewährte Angebote nicht über Bord zu werfen. Separate Einschulungsklassen, Einführungsklassen für fremdsprachige Kinder und das Werkjahr bleiben vorerst bestehen. Auch besondere Lernräume oder Fördergruppen sind weiterhin möglich. Für Kinder mit sehr hohem Unterstützungsbedarf steht grundsätzlich auch künftig die Lernbahn zur Verfügung.

Reform mit Preisschild

Das neue Modell soll die Stadt jährlich höchstens drei Millionen Franken zusätzlich kosten. Bei derzeit rund 3850 Schulkindern entspricht dies durchschnittlich ungefähr 750 Franken pro Kind und Jahr. Dabei handelt es sich um eine Obergrenze. Wie viel tatsächlich ausgegeben wird, hängt davon ab, welche Unterstützung die einzelnen Schulen benötigen und wie schnell die neuen Angebote aufgebaut werden.

Die Stadt will die zusätzlichen Mittel schrittweise bereitstellen. Sobald die jährlichen Mehrausgaben zwei Millionen Franken übersteigen, muss der Grosse Stadtrat weitere Ausbauschritte bis zur Obergrenze von drei Millionen Franken ausdrücklich bewilligen. Einmalig kommen 270'000 Franken hinzu, also 30'000 Franken pro Schuleinheit, um die Schulen bei der Entwicklung ihrer Konzepte und der Umstellung fachlich zu begleiten.

Den Lehrpersonen seien die Pläne am Montag vorgestellt worden. «Die Resonanz war überwiegend sehr gut», sagt Menk.

Volksabstimmung ist zwingend

Das letzte Wort hat zunächst allerdings das Volk. Voraussichtlich im Sommer 2027 entscheiden die Stimmberechtigten über das neue Schulmodell und die damit verbundenen Ausgaben. Bei einem Ja beginnt die schrittweise Einführung im Sommer 2028.

Anschliessend soll das Modell mehrere Jahre erprobt werden. Für 2032/2033 ist eine umfassende Überprüfung vorgesehen. Dabei geht es insbesondere darum, ob die zusätzlichen Mittel tatsächlich bei den Kindern und Lehrpersonen ankommen, ob sich die Förderung verbessert und ob die Schulen mit dem neuen System besser zurechtkommen.

«Das ist das Ziel der Evaluation, dass wir auch Erkenntnisse haben, ob sich etwas verbessert im Schulalltag und ob wir auf dem richtigen Weg sind», sagt Menk. Auf dieser Grundlage soll anschliessend über die Weiterführung des Modells und allfällige Anpassungen entschieden werden.

Gegner reagieren sofort

Die Reaktionen aus der Stadtpolitik kamen prompt, und sie fielen geharnischt aus. Die FDP warnt davor, die Probleme der Schulen einfach mit zusätzlichem Personal und Geld zuzuschütten. Die integrative Schule habe sich als «theoretisches Konzept aus dem pädagogischen Elfenbeinturm» erwiesen und richte sich vor allem an wenige Kinder mit besonderem Förderbedarf, während die Mehrheit das Nachsehen habe. Angesichts sinkender Leistungen in den Pisa-Studien drohten langfristig sogar Einbussen bei Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Stattdessen fordert die FDP mehr Gewicht für Lesen, Schreiben und Rechnen, verbindliche Regeln und eine Erziehung, die Kinder «auch zur Beschäftigung ohne Tablet» befähigt. Die Partei kündigt an, die Vorlage zu bekämpfen.

Noch schärfer schiesst die SVP gegen die Pläne. Sie spricht von «Etikettenschwindel»: Hinter dem harmlosen Namen «Pädagogisches Grundangebot» verberge sich die Einführung der umstrittenen integrativen Schule. Während etwa Basel-Stadt und Zürich wieder stärker auf separate Förderklassen setzten, wolle Schaffhausen ein andernorts gescheitertes Modell übernehmen. Besonders stossend findet die SVP, dass Eltern und Lehrpersonen bei der Erarbeitung nicht einbezogen worden seien. Statt das Modell zunächst in einem Schulhaus zu erproben, würden sämtliche Schulkinder zu «Versuchskaninchen». Angesichts drohender Steuerausfälle seien zudem jährliche Mehrausgaben von bis zu drei Millionen Franken unverantwortlich. Die Partei will die Vorlage im Parlament und nötigenfalls an der Urne entschieden bekämpfen.